

Pressemitteilung CDU-Fraktion Dietzenbach

vom 20.02.2023

Koalition verhindert finanzielle Unterstützung der Bürger für Balkonkraftwerke

Die CDU-Fraktion hat in der letzten Stadtverordnetenversammlung eine Förderung von Mini-Photovoltaik-Anlagen bis 600 Watt, sogenannten Balkonkraftwerken beantragt. „Mit maximal 250€ für jedes Vorhaben sollten die Dietzenbacher Bürgerinnen und Bürger bei der Anschaffung von Mini-Photovoltaik-Anlagen schnell finanziell entlastet werden und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit gegeben werden, den Klimaschutz im Bereich der Einsparung aktiv zu gestalten“, erklärt Marcel Jung von der CDU-Fraktion und führt weiter aus: „Anders als herkömmliche Photovoltaik-Anlagen, bietet ein Balkonkraftwerk, das auf oder an Balkonen, Garagendächern sowie Rasenflächen montiert wird, auch Eigentümern und Mietern mit kleinen finanziellen Mitteln die Möglichkeit schnell und unkompliziert Energie selbst zu erzeugen und damit Geld zu sparen.“

„Es ist für uns absolut unverständlich, warum die Koalition diesen Antrag abgelehnt hat und stattdessen versucht, das Thema Photovoltaik-Anlagen wieder einmal auf die lange Bank zu schieben,“ sagt Manuel Salomon, der Fraktionsvorsitzender der CDU.

Während es in angrenzenden Kommunen, wie Egelsbach, Darmstadt und Rodgau, wo ein entsprechender Antrag einstimmig von allen Fraktionen beschlossen wurde, bereits solche Förderprogramme gibt, hemmt die Koalition in Dietzenbach diesen Weg für ihre Bürgerschaft. „Anstelle von klaren politischen Vorgaben, wird der Ball an die Verwaltung abgeschoben, sodass wieder einmal wertvolle Zeit verloren geht. Das kostet die Dietzenbacher Bürgerinnen und Bürger Geld, das sie jetzt schon sparen könnten, ohne Garantie, dass es irgendwann überhaupt zu einer solchen Förderung kommt“, führt Salomon weiter aus.

„Es wird immer deutlicher, dass der Klimaschutz in Dietzenbach vor allem in Form von Festivals, langen Reden, noch längeren Konzeptpapieren und Plakaten stattfindet, nicht aber mit konkreten Maßnahmen“, sagt Jung von der CDU-Fraktion und ergänzt: „Es wurde eine echte Chance bei der Teilhabe an schnellem, unbürokratischem und bürgernahem Klimaschutz abgelehnt.“

„Wofür stehen die Grünen in Dietzenbach noch, wenn jetzt schon klimaschützende Anträge anderer Parteien ohne plausiblen Grund abgelehnt werden? Wiegt das eigene Geltungsbedürfnis höher als die Sache, also der Klimaschutz, selbst?“, fragt Salomon: „Und auch die Sozialdemokraten und DIE LINKE, die das Thema soziale Gerechtigkeit plakativ vor sich her tragen, hätten diesem Ziel sehr gut entsprechen können, wenn sie dem Antrag zugestimmt hätten.“

„Es gibt schlicht keinen Grund, warum Maßnahmen, die in anderen Gemeinden hervorragend funktionieren und von der dortigen Bürgerschaft mit Freude angenommen werden, nicht auch den Bürgerinnen und Bürgern in Dietzenbach zur Verfügung gestellt werden können“, unterstreicht Jung und stellt abschließend fest: „Auch wenn es den Grünen einen wesentlichen Teil ihres Profils nimmt, so sollten sie erkennen, dass sie als Umwelt-Partei nicht automatisch die alleinige Kompetenz für den Klimaschutz haben und appelliert zugleich an die Koalition, Anträge, die diesem Schutz dienen, nicht sinnlos zu blockieren, nur weil sie nicht von ihnen gestellt wurden.“